# Neue Zürcher Zeitung

## Abstimmung über Pestizide: Es könnte knapper werden als erwartet

Die Biobauern zögern die Parole zur Trinkwasserinitiative hinaus. Der Entscheid kommt überraschend und lässt aufhorchen: Der Bauernverband zählt auf geschlossene Reihen im Abstimmungskampf.

Angelika Hardegger 11.11.2020, 17.09 Uhr



Sollen Schweizer Bauern auf Pestizide verzichten? Darüber wird 2021 abgestimmt. Jean-Christophe Bott / Keystone

Im Moment wäre die Mehrheit vorhanden: 65 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer würden «eher» oder «bestimmt» Ja sagen zur Trinkwasserinitiative.

Das hat eine Umfrage des Schweizer Bauernverbands ergeben. Bis zur Abstimmung wird die Zustimmung noch schrumpfen, die Frage ist nur: wie weit? Jetzt lässt eine Entwicklung aus der Bio-Szene aufhorchen.

Eigentlich hätten die Biobauern am Mittwoch Nein sagen sollen zur Trinkwasserinitiative. So wollte es der Vorstand von Bio Suisse, darauf hoffte der Schweizer Bauernverband. Nur: Die Bio-Delegierten widersetzten sich dem Nein. Sie haben die Parolenfassung überraschend verschoben. Offenbar hat die Trinkwasserinitiative unter Biobauern mehr Sympathisanten als erwartet.

### Die Landwirtschaft ist gespalten, die Initianten freut's

Das freut die Chefin des Initiativkomitees, Franziska Herren. Sie sagt: «Die Delegierten von Bio Suisse wissen, dass ein Nein zur Initiative den Konsumenten unmöglich zu erklären ist.» Der Entscheid zeige, «dass Biobauern Vorreiter sind – und auch bleiben wollen».

Der Schweizer Bauernverband zählt im Kampf gegen die Trinkwasserinitiative auf die Biobauern. Das oberste Ziel von Bauernpräsident Markus Ritter ist, dass die Landwirtschaft vereint gegen die Initiative kämpft. Auch deshalb hat Ritter einen Gegenvorschlag im Parlament verhindert.

Die Biobauern haben den Entscheid am Mittwoch zwar nur vertagt. Eine Nein-Parole wird nun aber deutlich unwahrscheinlicher. Empfehlen die Biobauern im Frühjahr gar ein Ja, kann der Abstimmungskampf für den Bauernverband überraschend schwierig werden. Bauernpräsident Ritter zeigt sich auf Anfrage unbeeindruckt. Die Biobauern seien selber betroffen von der Initiative, sagt er. «Daran ändert die Verschiebung nichts.»

Das Problem der Biobauern sind die Nährstoffüberschüsse: Die Trinkwasserinitiative fordert, dass Bauernhöfe nur noch Direktzahlungen vom Bund erhalten, wenn sie einen Tierbestand haben, der «mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann». Das würde laut dem Vorstand von Bio Suisse «einige hundert» Bio-Mastbetriebe treffen.

Dazu kommt: Je nach Interpretation der Initiative dürften Bauernhöfe nicht länger Futter und Gülle untereinander austauschen. Das ist heute gang und gäbe. Biobauern nehmen gegen Entgelt zum Beispiel Gülle von konventionellen Bauern ab. Das würde bei einer strikten Interpretation der Initiative unmöglich.

Gleichzeitig kämpfen Biobauern aber damit, dass Pestizide von konventionellen Bauern über die Luft auf ihre Äcker gelangen. Eine Untersuchung der Umweltorganisation Greenpeace kam diese Woche zum Schluss, dass Pestizide kilometerweit über die Luft transportiert werden können.

### Hoffen auf das Parlament

Für den Verband Bio Suisse ist der Delegiertenentscheid vom Mittwoch ein Beweis dafür, dass viele Biobauern die Trinkwasserinitiative unterstützten. Der Sprecher David Hermann sagt: «Viele Biobauern sehen in der Initiative eine Grundsatzfrage: Soll die Schweizer Landwirtschaft in eine ökologischere Richtung gehen?» Viele Delegierte hätten Vertrauen in das Parlament und glaubten, dass die Initiative im Fall einer Annahme mit Augenmass umgesetzt würde.

Der Sprecher Herrmann interpretiert das Votum auch als Warnschuss für den Ständerat. Dieser wird im Dezember entscheiden, ob die grün gefärbte Agrarpolitik 22+ sistiert wird. Herrmann sagt: «Unsere Biobauern hoffen auf Antworten aus dem Parlament. Sie halten an der ökologischen Reform fest.»

### Unterstützung für Westschweizer Pestizidinitiative

Wie sehr die Biobauern Veränderung wollen, beweist ein zweiter Entscheid vom Mittwoch: Die Biobauern unterstützen die Westschweizer Initiative für ein Verbot von synthetischen Pestiziden. Sie wird am selben Tag zur Abstimmung kommen wie die Trinkwasserinitiative und fordert ein Totalverbot von chemisch-synthetischen Pestiziden, in der Schweiz – und bei importierten Lebensmitteln.

Die Westschweizer Initiative ist viel radikaler als die Trinkwasserinitiative. Diese fordert kein Verbot, sondern setzt einen Anreiz: Bauern dürften weiterhin Pestizide einsetzen. Sie müssten in diesem Fall aber auf Direktzahlungen verzichten. Trotz der Radikalität würden viele Bauern in der Not die Westschweizer Initiative bevorzugen. Dies, weil auch importierte Früchte oder importiertes Getreide pestizidfrei sein müssten.

An der Urne hat die Initiative aus der Romandie sehr geringe Chancen. Sie wird wohl auch vom Lebensmittelhandel bekämpft werden, der vom Importverbot hart getroffen würde. In der Deutschschweiz ist die Initiative zudem kaum bekannt. Wobei: Das kann sich noch ändern. Abgestimmt wird im Juni 2021.

### Mehr zum Thema

#### **KOMMENTAR**

### Warum niemand Bioäpfel kaufen muss

Die Doppelmoral der Konsumenten steht am Pranger. Bio predigen und dann doch das billigere Produkt kaufen – das sei falsch, heisst es. Über ein scheinheiliges Argument.

Angelika Hardegger	23.10.2020	W

#### **INTERVIEW**

## Schweizer Bioforscher: «Historisch ist es mit der Gentechnik schiefgelaufen»

Die Landwirtschaft stehe an einer Zeitenwende, sagt der Bioforscher Urs Niggli. Ein Interview über Politikversagen und die Frage, wie wir die Welt ernähren.

Angelika Hardegger	13.04.2020		

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.